

## **Aktuelle Debatte „Ein Jahr nach dem Einsturz: Richtige Lehren aus dem Fall Carolabrücke ziehen“, am 11.09.2025 – Teil 2**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ein Jahr nach dem Einsturz der Carolabrücke stehen wir vor einer grundsätzlichen Frage: Wie sichern wir eine nachhaltige, zukunftsfähige Infrastruktur für unser ganzes Land und seine Kommunen?

Die dafür eingerichteten Sondervermögen eröffnen enorme Chancen, stellen uns aber zugleich vor große Herausforderungen – finanziell, verwaltungstechnisch und gesellschaftlich. Weltweit beobachten wir, dass verbesserte öffentliche Dienstleistungen ein Schlüssel sind, um regionale Ungleichheit zu reduzieren und damit sozialen Spaltungen entgegenzuwirken.

Nachhaltige Infrastrukturinvestitionen gerade in weniger entwickelten Regionen wie in einigen Teilen Sachsens stärken nicht nur die Wirtschaftskraft, sondern schaffen auch Vertrauen in den Staat und die demokratischen Institutionen. Und sie machen die Gesellschaft resilienter gegenüber den Verlockungen scheinbar einfacher Heilsversprechen und stärken die Widerstandskraft gegen demokratiefeindliche Kräfte.

Und die Bemerkung sei mir gestattet: Es ist dann kein Wunder, wenn sich die AfD hier so positioniert, wie sie es vorhin getan hat, dass sie kein Interesse daran hat, echte Schlussfolgerungen in der Sache aus der Situation, aus dem Einsturz vor einem Jahr zu ziehen.

Das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität mit über 500 Milliarden Euro ist ein historischer Schritt. Eine Rekordinvestition, die es ermöglicht, dringende Sanierungen voranzutreiben, aber auch Klima- und Zukunftstechnologien massiv auszubauen. Besonders bedeutsam ist hierbei die klare Ausrichtung auf Daseinsvorsorge, Infrastruktur im Bereich Verkehr, Wasser, Energie, Schulen und Krankenhäuser.

Manche behaupten, das Sondervermögen sei nichts als eine neue Schuldenorgie. Wir hörten vorhin schon Einwände, die künftige Generationen belastet – ohne echten Effekt. Sie sagen, das Geld werde nur umgeschichtet und bürokratische Hürden verhinderten, dass damit tatsächlich Bauprojekte vorankommen. Diese Stimmen fordern stattdessen radikale Sparprogramme.

Doch solche Argumente greifen zu kurz. Nur mit gezielten Investitionen, verbunden mit Verwaltungserleichterungen und verbindlichen Kontrollmechanismen, können wir den Investitionsstau beheben, die Infrastruktur sichern und so Zukunft und Zusammenhalt gestalten.

Geld allein löst das Problem aber nicht. Die Umsetzung hängt maßgeblich davon ab, ob wir die Planungskapazitäten und die Verwaltungsabläufe gerade auf kommunaler Ebene substanziell vereinfachen, beschleunigen und modernisieren. Hier brauchen wir digitale Genehmigungsverfahren, verbindliche Fristen und klare Zuständigkeiten. Nur so wird aus dem Investitionsbooster eine wirksame Modernisierung.

Die SPD steht für eine realistische, aber kraftvolle Investitions- und Infrastrukturpolitik. Wir bekennen uns zur Kreditaufnahme für notwendige Investitionen. Wir setzen auf nachhaltige Sozialinfrastruktur, Klimaneutralität und die Stärkung der Kommunen. Wir fordern eine bessere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen, um Fördermittel passgenau und wirksam einzusetzen.

Und da hat Gerard recht: Den Bürgerinnen und Bürgern ist es piepegal, welche Stelle verantwortlich ist. Es muss am Ende funktionieren – und zwar schnell und jetzt.

Und wir wissen auch: Die Gefahr, dass staatliches Investitionsversagen die Verdrrossenheit der Bevölkerung erhöht, ist real. Bleiben Entwicklungen aus, gerade in Regionen, wo sich die Menschen ohnehin schon abgehängt fühlen, ist das ein sozialer wie politischer Brandsatz. Deshalb ist dieses Sondervermögen auch ein Instrument der Demokratiestärkung und des sozialen Zusammenhalts.

Eine weitere Lehre aus dem Einsturz der Brücke muss also sein, nicht nur zu reparieren, sondern zukunftsfest zu bauen: nachhaltig, schnell, bürgernah. So sichern wir den Wohlstand, verbinden Regionen gleichwertig und erhalten das Vertrauen in Staat und Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, mir fällt noch etwas auf in der Infrastrukturdebatte: der pessimistische Grundton, den wir teilweise haben. In einigen Teilen war er ja auch heute in der Debatte zu hören. Ja, wir haben bauliche Probleme, und unsere Infrastruktur ist teils stark sanierungsbedürftig, okay.

Aber der um sich greifende Pessimismus, diese depressive Grundstimmung, ist völlig fehl am Platz und bringt uns auch überhaupt nicht weiter. Die meisten Dinge in unserem Land sind doch in Ordnung, und morgen wird uns auch nicht der Himmel auf den Kopf fallen, Herr Keller.

Wir sollten eher die Situation als Chance begreifen und die Kraft daraus ziehen, notwendige Veränderungen beherzt anzustoßen. Planungsrecht muss einfacher werden. Umsetzung muss schneller gehen, die Investitionsmittel müssen schnell in Beton gegossen werden, damit ein sichtbarer Aufbruch entsteht.

Und dafür tun wir doch auch schon längst etwas – mit den Infrastrukturmilliarden im Bund, die gestern um eine Sportmilliarde erweitert wurden, mit dem Sachsenfonds, mit Investitionsmitteln, die als Aufträge und Vergaben die sächsische Bauwirtschaft ankurbeln werden und schlussendlich auch mit der Planung für den Wiederaufbau der Carolabrücke, um im Bild der Debatte zu bleiben.

Eine Brücke, die als Lebensader nicht nur die Menschen in Dresden verbindet, sondern auch die beiden Elbseiten zwischen Sächsischem Landtag und der Staatsregierung. Vielen Dank.

Herr Kollege Pallas möchte reagieren. Bitte schön.

Danke, Frau Präsidentin. Danke, Herr Barth, dass Sie noch einmal bildlich vor Augen geführt haben, was ich mit der pessimistischen Grundstimmung gemeint habe.

Aber im Ernst: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Und ich glaube, wir haben schon genug bundespolitische Debatten hier im Sächsischen Landtag. Wir müssen uns nicht auch noch die Debatten aus der französischen nationalen Politik an Land ziehen.

Im Unterschied zu Frankreich haben wir ja in Deutschland auf allen Ebenen durch die Schuldenbremsen-Regeln im Grundgesetz und den Landesverfassungen in den letzten Jahren eben gerade nicht so viele Kredite aufgenommen, sondern – manche sagen – diesen Fetisch der schwarzen Null als Grundlage unserer Investitionspolitik auf allen Ebenen.

Und wir sehen doch heute gerade, dass das eine der Hauptursachen dafür ist, warum wir den Investitionsstau in den letzten Jahren auf allen Ebenen eben nicht im ausreichenden Maße abbauen konnten. Und am allermeisten ist das auf kommunaler Ebene relevant, weil dort im

Verhältnis gesehen ein größerer Teil der öffentlichen Infrastruktur der Daseinsvorsorge in der Verantwortung liegt.

Und wenn man das ernst nimmt und annimmt und dann noch mit einbezieht, dass inzwischen auch konservative Wirtschaftsweisen und Finanzwissenschaftler dazu raten, maßvoll Investitionskredite aufzunehmen – es geht nicht um Konsumtion, da würde ich auch sagen, das wäre der falsche Weg –, sondern maßvoll Kredite aufzunehmen, um diesen Investitionsstau abzubauen, dann sollte das doch für Sie vor allem das Achtungszeichen sein, dass es vielleicht doch angezeigt sein könnte, jetzt genau diesen Weg zu gehen: kraftvoll in die Infrastruktur zu investieren. Vielen Dank.

Das war die Reaktion vom Kollegen Pallas an Mikrofon 3. Ich sehe eine weitere Kurzintervention vom Herrn Kollegen Hartmann an Mikrofon 1.

Bitte stimmen Sie mir zu, dass gegebenenfalls nur ein Fünftel des Zuwachses der Vermögen bei den gigantisch reichen Menschen in diesem Land genau die Billion uns bringen würde, um zum Beispiel im Infrastrukturbereich ohne Schuldenaufnahme die Investitionen zu leisten, oder stimmen Sie mir da nicht zu?

Das war an Mikrofon 1, Herr Abgeordneter Hartmann für die Fraktion Die Linke. Die Reaktion jetzt wieder an Mikrofon 3 vom Kollegen Pallas.

Da ich diese von Ihnen aufgemachte Rechnung jetzt nicht direkt nachvollziehen kann, würde ich Ihnen ungern jetzt zustimmen, nur um Ihnen nach dem Mund zu reden. Das ist nicht meine Art.

Aber was ich dazu sagen möchte, ist, dass natürlich das Instrument der Steuern auch daher rührt, dass wir etwas steuern wollen in unserem Land. Und da geht es um eine grundsätzlich gerechte Verteilung des Vermögens, des Reichtums zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und sozialen Gruppen.

Und dass da eine Entwicklung seit mehreren Jahrzehnten in Gang geraten ist, die eher dazu geführt hat, dass immer weniger Superreiche immer größere Anteile des Vermögens halten, währenddessen die ärmere Hälfte der Bevölkerung immer weniger nur noch hat, sollte für uns alle eine Mahnung sein.

Und insofern kann ich an der Stelle den Appell raushören: Ja, wir müssen an einem gerechteren Steuersystem arbeiten. Das ist auch seit jeher das Ziel der SPD. Und so nehme ich auch den Bundesfinanzminister wahr.